

Widerstand gegen geplante Fleischfabrik nimmt weiter zu

► RHEINSTETTEN: Interessengemeinschaft Karlsruher Bürger und Gemeinderat der Fächerstadt sieht Projekt immer kritischer

Der Widerstand gegen die von Edeka in Rheinstetten geplante Fleischfabrik nimmt weiter zu. Insbesondere aus Karlsruhe mehrten sich die Stimmen, die den geplanten Standort östlich der Neuen Messe Karlsruhe als falsch ablehnen oder zumindest kritisch sehen.

Nach einer Interessengemeinschaft „Die Bürger von Karlsruhe“, die sich vor allem aus Bewohnern der angrenzenden Stadtteilen Grünwinkel, Heidenstickerriedlung und Oberreit zusammensetzt, haben sich inzwischen auch mit der CDU der SPD, den Grünen und der Karlsruher Liste fast alle im Gemeinderat der Stadt vertretenen Fraktionen kritisch geäußert. Massiver Widerstand kommt aber auch aus

Rheinstettens Stadtteil Silberstreifen (Bahnhof), der vom zusätzlichen Verkehrsaufkommen besonders stark betroffen wäre.

Wie berichtet will Edeka Südwest für rund 80 Millionen Euro auf dem Areal der früheren Schweinezuchtanstalt eine Fleischfabrik bauen, in der möglichst schon ab 2010 bis zu 600 Menschen täglich rund 400 Tonnen Wurst- und Fleischwaren produzieren sollen. Gegner des Projekts sprechen jedoch von einem ungeeigneten Standort am Rande der Stadt und mitten in einem Naherholungsgebiet. Befürchtet werden unter anderem erhebliche Geruchs- und Verkehrsbelastungen. Dem ist Edeka zwar mehrfach – auch bei Bürgerversammlungen – entgegen getreten, doch bisher ohne spürbaren

Erfolg. Zumindest vom Regionalverband gibt es jedoch Entwarnung. „Aus Sicht der Verwaltung gibt es wenig Einwände“, bestätigt Verbandsdirektor Gerd Hager. Das fragliche Gelände liege entgegen den Behauptungen mancher Projektgegner weder in einer Grünzäsur, noch werde hochwertiges Ackergelände bebaut. Lediglich die schutzbedürftigen Bereiche „Naherholung“ und „Waldrand“ seien indirekt betroffen, diese Konflikte seien jedoch lösbar. Eine Änderung des Regionalplans sei aus Verwaltungssicht demnach nicht nötig.

Das Votum des Regionalverbands hat in diesem Zusammenhang aber nur untergeordnete Bedeutung, der Schlüssel über Genehmigung oder Ablehnung liegt eindeutig bei der Stadt

Karlsruhe, denn diese kann gegen die nötige Änderung des Flächennutzungsplans im Nachbarschaftsverband ihr Veto einlegen und damit wäre das Projekt gestorben. Was bisher in Karlsruhe aber unüblich ist, Plannutzungen der Partner werden in der Regel durchgewinkt. Doch diesmal fordert selbst die Karlsruher CDU mehrere Gutachten, mit denen nachgewiesen werden soll, dass von der Fleischfabrik keine unzumutbaren Verkehrs-, Lärm- und Geruchsbelastungen ausgehen. Schon im Planungsausschuss der Stadt war das Vorhaben mehrheitlich abgelehnt worden.

Größere Bedenken haben die Grünen und die Karlsruher Liste, aber auch die SPD. Deren Landtagsabgeordneter Johannes Stober sowie die Grü-

nen-Abgeordneten Gisela Splett und Renate Rastätter fordern dazu vom Land dass die von Edeka benötigten 20 Hektar zu marktüblichen Preisen verkauft werden müssten. Von rund 100 Euro je Quadratmeter ist dabei die Rede, offensichtlich deutlich mehr, als das Land bisher verlangen will. Dies könnte auch als unerlaubte Subvention ausgelegt werden. Auch sehen Grüne und SPD den enormen Flächenverbrauch kritisch. Insgesamt begrüßt Stober jedoch die Ansiedlung der Fleischfabrik in der Region und auch die Karlsruher CDU steht dem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber – sofern die Sorgen der Bürger ernst genommen werden. Genau hier könnte aber ein Jahr vor den Kommunalwahlen der Knackpunkt liegen. (win)